

Gerald M. Steinberg

# Trends in der israelischen Gesellschaft

**Auch nach fünf Jahrzehnten wechselvoller, von Gewalt und Terror geprägter Geschichte sind die der israelischen Gesellschaft vorhergesagten schweren inneren Unruhen bislang ausgeblieben. Konfliktpotenzial gäbe es indes genug: Die Fragmentierung der Gesellschaft in säkulare, nationalreligiöse, ultraorthodoxe und arabische Kräfte, die Ablösung einer Ära charismatischer Präsidenten wie Ben Gurion und Begin durch eine Ära schwächerer Führer sowie vor allem das ungelöste Palästinenserproblem und die gerade in jüngster Zeit beobachtete Zunahme von Gewalt und Terror – all dies sind Faktoren, die das Gleichgewicht der israelischen Gesellschaft einer massiven, lang anhaltenden Belastungsprobe unterziehen. Dennoch stellt die hohe und durch die Geschehnisse der letzten Jahre eher noch gewachsene Zustimmung zur Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität des Staates inmitten einer höchst instabilen Region eine starke Klammer dar, die die Gesellschaft Israels zusammenhält und zudem eindrucksvoll belegt, dass die Ziele der zionistischen Bewegung nichts von ihrer historischen Zugkraft eingebüßt haben.**

In den neunziger Jahren besagte die gängige Sichtweise von der israelischen Gesellschaft, dass diese von tiefen Brüchen gekennzeichnet sei, die an Fragen wie Friedensverhandlungen und Territorium, der Religion, der ethnischen Herkunft oder des wirtschaftlichen Status aufklaffen. Intellektuelle sprachen und schrieben vom so genannten Postzionismus<sup>1)</sup>, während viele hochrangige Kommentatoren fragten, ob das gemeinsame Fundament der israelischen Gesellschaft noch für einen Zusammenhalt ausreiche, besonders nach einem Friedensschluss mit den Palästinensern. Manche prophezeiten sogar den Ausbruch innenpolitischer Gewalt oder eines Bürgerkriegs, der sich an einer Entscheidung zum Abzug aus den Siedlungen im Zuge der zu erwartenden Friedensverträge entzünden würde, oder aber auch an den Konflikten, die sich aus Gerichtsurteilen zu Fragen des religiösen Status ergeben.

Nun, achtzehn Monate nach dem Beginn der palästinensischen Terrorkampagne und des Zermürbungskrieges, der in Israel zahlreiche Opfer forderte, sind die Vorhersagen gesellschaftlicher Unruhen weitgehend verschwunden. Viele der Unterschiede bleiben, doch diese sind verstummt angesichts einer wahrgenommenen äußeren Bedrohung, die sich gegen das Überleben Israels und des jüdischen Volkes richtet. (Fast die Hälfte der jüdischen Weltbevölkerung lebt in Israel, und man erwartet, dass Israel innerhalb von 15 Jahren Heimat für die Mehrheit der Juden der Welt werden wird.)

Seit Februar 2001 wird die Regierung von einer Koalition der beiden größten Parteien geführt – Arbeiterpartei und Likud. Ministerpräsident Scharon, Außenminister Peres und Verteidigungsminister Ben Eliezer, ebenso die meisten anderen Mitglieder der politischen Führungsriege, haben die öffentliche Forderung nach Einheit im Kampf gegen die Bedrohung von außen richtig erkannt. Auch die öffentlichen Eingeständnisse früherer Führer der Linken – unter ihnen die einflussreichen Schriftsteller Amos Oz und A. B. Yehoshua sowie Professoren – bezüglich eigener Fehleinschätzungen während der Verhandlungen von Oslo halfen, Brüche zu heilen und die nationale Einheit zu erhalten.

Prof. Benny Morris, der berühmteste unter Israels so genannten neuen Historikern, die eine Anerkennung der Verantwortung Israels für den Konflikt und für die Schaffung der palästinensischen Flüchtlinge als Teil eines Versöhnungsprozesses gefordert hatten, gab kürzlich zu, dass „sich mein Denken über die derzeitige Nahostkrise und ihre Hauptakteure in der Tat grundlegend geändert hat. [...] Die Palästinensische Selbstverwaltung (PA) hat sich als ein wahres Königreich der Verlogenheit herausgestellt, wo jeder Amtsinhaber, von Präsident Arafat abwärts, seine Tage damit verbringt, eine Reihe westlicher Journalisten zu belügen. [...] Die palästinensische Nationalbewegung hat von Anfang an der zionistischen Bewegung jegliche Legitimität abgesprochen und streng an der Vision von „Großpalästina“ festgehalten, was so viel heißt wie ein arabisch kontrollierter Staat mit moslemisch-arabischer Bevölkerung in ganz Palästina.“<sup>2)</sup> Folglich sind Morris und viele andere linksgerichtete Intellektuelle dem breiten Konsens beigetreten.

Die Kernfrage lautet, ob die Betonung der Einheit während dieser Krise oberflächlich und vorübergehend ist, oder ob sie eine grundlegende, langfristige Veränderung im Fundament der israelischen Gesellschaft darstellt. Vielleicht waren die Interpretationen der Debatte und die Vorhersagen eines zivilen Konflikts übertrieben, gestützt auf die persönlichen Ziele falscher Propheten, die mit der Projektion ihrer persönlichen Ziele auf die öffentliche Diskussion Aufmerksamkeit erregen wollten. Diese Fragen sollen neben der Rolle des wirtschaftlichen Wandels und

- 1) Die wichtigsten postzionistischen Veröffentlichungen erschienen in der israelischen Tageszeitung *Haaretz* und in der hebräischsprachigen, postmodernistischen Zeitschrift *Theorie und Kritik*. Eine Kritik findet sich bei Yoram Hazony: *Der jüdische Staat: Der Kampf um Israels Seele*, New York, Basic Books 2000 (Englisch).
- 2) Benny Morris, „Peace? No Chance,“, in: *The Guardian*, 21. Februar 2002.

Führungsfragen in der folgenden Diskussion analysiert werden.

### ■ Hintergrund

Soziologen zeichnen zur Beschreibung der israelischen Gesellschaft häufig das Bild von den vier Hauptsäulen: Säkulare (Nicht-Religiöse), National-Religiöse, Ultra-Orthodoxe und Araber. Die einzelnen Unterteilungen scheinen einander zu verstärken (im Gegensatz zu Gesellschaften, in denen die Trennungslinien kreuz und quer verlaufen und einander ausgleichen, um Stabilität zu erreichen).<sup>3)</sup> So tendieren zum Beispiel die religiösen Segmente der Gesellschaft zu einer eher rechts gerichteten Haltung zu Themen wie Krieg, Frieden und Territorium, während die säkularen Gruppen allgemein eher zu linken Ansichten tendieren. (Es sollte dennoch erwähnt werden, dass die wirtschaftlichen Brüche in den letzten zwei Jahrzehnten allgemein nicht sich gegenseitig verstärkend sind. Familien mittlerer und unterer Einkommensstufen sind sowohl in der nicht-religiösen wie in der national-religiösen Säule vertreten, doch der wirtschaftliche Status der beiden kleineren Sektoren von Ultra-Orthodoxie und Arabern ist allgemein deutlich unter dem Durchschnitt. Diese Themen sollen im Abschnitt über die Wirtschaft im Einzelnen behandelt werden.

In mancher Hinsicht hat der außergewöhnliche Erfolg der zionistischen Bewegung und der „Versammlung der Exilanten“, durch die die jüdische Bevölkerung Israels von 600 000 im Jahr 1948 auf über fünf Millionen im Jahr 2002 anwuchs, und durch die die hebräische Sprache wieder belebt und zur Nationalsprache wurde, auch das Auftreten starker Unterschiede mit sich gebracht. Juden aus Russland und Osteuropa, Nordafrika und dem Nahen Osten, auch aus Äthiopien und Indien, kehrten und kehren in das Land Israel zurück, um eine multikulturelle Gesellschaft zu schaffen. Die fundamentalen Spielregeln wie Demokratie und Pluralismus waren weiten Teilen dieser Gesellschaft fremd, was die Schwierigkeiten und sozialen Spannungen verschärfte. Darüber hinaus bringt die Existenz einer großen arabischen Minderheit innerhalb der Waffenstillstandslinien, die am Ende der Invasion und des Kriegs von 1948/49 geschaffen wurden, ein zusätzliches Maß an Kom-

3) Siehe zum Beispiel: Stuart Cohen und Eliezer Don-Yehiya (Hrsg.), *Konflikt und Konsens im Jüdischen Politischen Leben*, Comparative Jewish Politics, Band 2, 1986 (Englisch).

plexität innerhalb der israelischen Gesellschaft mit sich.

Eliezer Schweid (ein bekannter Universitätsprofessor und Träger des Israel-Preises) sowie andere sind der Meinung, dass die Brüche, die in den neunziger Jahren in der israelischen Gesellschaft zu Tage traten, Ausdruck der „Normalität“ und des Erfolgs der zionistischen Bewegung seien.<sup>4)</sup> Andere Kenner der Lage meinen jedoch, dass über diesen grundlegenden strukturellen Faktor auch starke ideologische Unterschiede die Risse verstärken, die ein ungewöhnlich hohes Maß an ziviler Uneinigkeit schaffen. Für einen großen Teil der Bevölkerung verkörpert Israel den wesentlichen Kern jüdischen Überlebens (sowohl im physischen als auch im geistig-kulturellen Sinn) für diejenigen, die den Holocaust überlebten. Israel ist das Zentrum einer weltweiten, intellektuellen und kulturellen jüdischen Renaissance geworden, gestützt auf die große geographische Konzentration von Juden und die Fragen, die durch die erstmals seit der Zerstörung Jerusalems und dem Exil vor 2000 Jahren wieder gewonnene, jüdische staatliche Souveränität aufgeworfen wurden.

Die fundamentalen Unterschiede, die sich auf die Rolle religiöser Vorstellungen und rabbinischer Autorität in einem modernen, weltlichen Staat beziehen, nehmen in der öffentlichen Diskussion eine zentrale Stellung ein.<sup>5)</sup> Für viele Segmente der Gesellschaft, unter ihnen die Ultra-Orthodoxen, die Modern-Orthodoxen, die pluralistischen und auch die religiös eingestellten Nicht-Religiösen, ist der Ausgang dieser Debatten für die Richtungsbestimmung der Zukunft des jüdischen Volkes entscheidend. In diesem Rahmen schlugen die Gefühle hoch, und Debatten über Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes [*vergleichbar hier etwa dem Bundesverfassungsgericht; Anmerkung der Übersetzerin*], der Knesset oder anderer öffentlicher Organe werden mit Schärfe geführt.<sup>6)</sup>

Viele Jahre wurden diese Konflikte durch die Kombination einer dominanten Herrschaftselite verwaltet, deren Zentrum die Arbeiterpartei und die Histadrut (Gewerkschaft) bildeten, sowie einen Prozess politischer Teilhabe, in dem die Macht und die Mittel nach Schlüsseln der Parteizugehörigkeit verteilt wurden, je nach relativer Stärke in der jeweiligen

4) Eliezer Schweid, „Israel als ein Volk und die Dilemmata universaler Bildung“, Jerusalem Viewpoints No 468, Jerusalem Center for Public Affairs, Dezember 2001 (Hebräisch).

5) Avi Sagi und Zeev Safrai (Hrsg.), *Zwischen Autorität und Autonomie in der jüdischen Tradition*, Kibbutz HaMeuchad, Tel Aviv 1997 (Hebräisch).

6) Yedidya Stern, „Leben mit normativer Dualität: Die Werte am Ende des Tunnels“, in: *Jüdische Politische Studien*, 12: 3-4 (Herbst 5761/2000), Sonderband über „Jüdische Ansätze zur Konfliktlösung“ (Englisch).

Koalitionsregierung. Auf diese Weise wurde jeder der verschiedenen Sektoren – Kibbuzim, Religiöse, Ultra-Orthodoxe, Gewerkschaften etc.- am Herrschaftsprozess beteiligt.

Gleichzeitig konnte die Führung mit Hilfe dieses Systems intensive Zusammenstöße in Fragen mit großer Spannung vermeiden, vor allem auf der religiös-säkularen Ebene. Während zum Beispiel die meisten Israelis akzeptieren, dass Israel in seiner Selbstdefinition sowohl ein jüdischer als auch ein demokratischer Staat ist, bleibt die Interaktion zwischen beiden Wertesystemen und die Definition der Begriffe unterschiedlichen Interpretationen unterworfen. Diese Unterschiede sind der Grund dafür, dass Israel keine Verfassung hat. Ähnlich wies der Oberste Gerichtshof Petitionen und Klagen zurück, die eine Entscheidung über Fragen erfordert hätten, in welchen die säkularen und religiösen Sichtweisen weit auseinanderklaffen. Die verschiedenen Parteien, die zu diesen Kernfragen unterschiedliche Haltungen einnehmen, waren sich in ihrer Uneinigkeit einig.

Im Jahr 1977 endete das Monopol der Arbeiterpartei als Israels wichtigste Regierungspartei durch den knappen Sieg von Menachem Begin und der Likud-Partei. Statt eine neue Elite heranzubilden, geriet die israelische Politik in den Keil zwischen zwei Hauptblöcken mit ungefähr gleich starker Wählerschaft. Die Macht der kleineren Parteien, sowohl ultra-orthodoxer als auch militant säkularer Parteien, wuchs überproportional an, da ihre Unterstützung zur Regierungsbildung notwendig war.

Gleichzeitig verlor das System der politischen Teilhabe an Kraft. Dieser Prozess wurde zum Teil durch die Einwanderung von rund einer Million Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion deutlich, von denen viele nach dem jüdischen Gesetz, der *Halacha*, nicht als Juden gelten. Der religiöse Status dieser Gruppe und der Konvertierungsprozess wurden zu einem wichtigen Konfliktpunkt. Darüber hinaus trugen Modernisierung und stärkere Betonung des Individualismus in der israelischen Gesellschaft (im Gegensatz zur Gruppenrepräsentation) zur Schwächung des Parteiensystems bei, auf dem sektorale Arrangements und Vereinbarungen basiert hatten.<sup>7)</sup> Eine (vorübergehende) Änderung des Wahlsystems, die eine Direktwahl des Ministerpräsidenten vorsah, verstärkte

7) Bernard Susser und Asher Cohen, „Vom Übereinkommen zur Entscheidung: Wandlungen in Israels religiös-politischen Leben“, in: *Journal of Church and State*, 38 (1996): 817-839. (Englisch).

diesen Prozess, da sie die Flexibilität von Parteiführern in Koalitionsverhandlungen schwächte.

Der schärfste Trennungsfaktor in dieser spannungsreichen Atmosphäre war in den vergangenen fünfzehn Jahren die Zukunft der umstrittenen, im Krieg von 1967 besetzten Gebiete und die Beziehungen zu den Palästinensern. Seit den Verträgen von London, die 1987 zwischen Shimon Peres und dem damaligen König von Jordanien ausgehandelt wurden, spaltete der so genannte „Friedensprozess“ die Israelis und verstärkte die innerisraelischen Spannungen. Die Konferenz von Madrid 1991 und die Grundsatzerklärung von 1993 („die Verträge von Oslo“), die in geheimen Verhandlungen von der Regierung Rabin ausgehandelt wurden, verschärfen die Debatte.

Die Frage wurde zum zentralen Thema in israelischen Wahlkämpfen und in der öffentlichen Diskussion dazwischen. Das ausgeprägte Machtgleichgewicht zwischen Arbeiterpartei und Likud (Tauben und Falken) wurde in den knappen Wahlergebnissen der Knesset deutlich. (Die Ergebnisse der Wahlen von 1988, 1992 und 1996 wurden alle durch weniger als ein Prozent der abgegebenen Stimmen entschieden.)<sup>8)</sup>

Der Prozess von Oslo führte zu der umstrittenen Schaffung eines politischen Gebildes für die Palästinenser und die Übergabe von Territorium unter die Kontrolle von Yassir Arafat – der von vielen Israelis als Erz-Terrorist angesehen wird. Die Schaffung der Grundlage für die palästinensische Selbstverwaltung, die das Gebiet kontrolliert, in dem 98 Prozent der palästinensischen Bevölkerung lebten (und damit praktisch die so genannte Besatzung beendete), sollten erwartungsgemäß zu einer Beilegung des Konflikts und einer Beendigung des Terrorismus führen.

Stattdessen kam es in diesem Zeitraum (1994-1996) weiterhin zu massiven Terroranschlägen. Die Folge waren Massenproteste gegen die Regierungspolitik der Arbeiterpartei. Die Unruhen kulminierten in der Ermordung des Ministerpräsidenten und führten umgehend zu einem Prozess der Selbstbesinnung in vielen Gruppen der Gesellschaft. Rabbiner, die die Demonstranten angeführt und zur Gewalt gegen vermeintliche Eingriffe in die religiöse Pflicht, das Land Israel zu verteidigen, aufgerufen hatten, drängten nun auf eine Politik interner Kompromisse und Toleranz, und Dialoge entstanden zwischen Links und Rechts,

8) Siehe: Daniel Elazar und Shmuel Sandler (Hrsg.), *Wer ist der Chef: Wahlen in Israel 1988-89*, Detroit, Wayne State University press, 1992; Daniel Elazar und Shmuel Sandler (Hrsg.), *Wahlen in Israel* 1992, Lanham, Md., Rowman and Littlefield, 1995; und andere Bände aus dieser Serie (Englisch).

zwischen Säkularen und Religiösen, zwischen Alteingesessenen und Neueinwanderern.

Während die ideologischen Unterschiede blieben, veränderte sich der Umgang mit diesen Unterschieden in erheblichem Maße. Als Ministerpräsident Barak im Juli 2001 in Camp David anbot, einen Großteil der Gebiete von Judäa und Samaria an die Palästinenser zu übergeben, die meisten Siedlungen zu schließen und die israelische Souveränität über den als heilig betrachteten Teil Jerusalems aufzugeben, waren die großen Protestkundgebungen überwiegend gewaltlos und führten nicht zur Konfrontation. Die größte Demonstration, mit Hunderttausenden Teilnehmern, fand in Jerusalem statt und war vollkommen gewaltfrei. Die Demonstranten kamen aus dem gesamten politischen und geographischen Spektrum und deuteten auf eine grundlegende Veränderung israelischer Politik hin, die sich einige Wochen später in der überwältigenden Niederlage von Ministerpräsident Barak und der Wahl von Ariel Scharon zum Ministerpräsidenten ausdrückte.

Dieser konfrontationslose Protest markierte ein wichtiges Ereignis in der israelischen Gesellschaft. Man kann daraus schließen, dass zwar die grundlegenden Differenzen bestehen bleiben, andererseits aber die Mechanismen des Umgangs [mit dem Konflikt] die Anwendung von Gewalt verhindern können. Ähnlich zeigte Prof. Peri Kedem-Friedrich von der Universität Bar-Ilan, dass die Zahl der Fälle körperlicher Gewaltanwendung in politischen oder gesellschaftlichen Konflikten im Vergleich zu vielen anderen Gesellschaften niedrig ist. Während in zentralen Fragen weiterhin grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, die das Potenzial zu politischer Instabilität enthalten, ist die Beziehung zwischen den jüdischen Sektoren innerhalb der israelischen Gesellschaft im Vergleich zu anderen Gesellschaften mit tiefen Klüften anscheinend relativ stabil.

### ■ Die Auswirkungen des palästinensischen Terrors auf die israelische Gesellschaft<sup>9)</sup>

9) Der weit verbreitete Gebrauch des arabischen Begriffs „Intifada“ impliziert einen Volksaufstand, und ist daher absichtlich irreführend.

Als Yassir Arafat im Juli 2000 beim Gipfeltreffen in Camp David auf Ehud Baraks Vorschläge über eine permanente Regelung nicht einging, war das ein be-

deutender Scheideweg, nicht nur für das Scheitern des Friedensprozesses, sondern auch für die israelische Gesellschaft. Ein Großteil der israelischen Linken veränderte seine Ansichten und begann, Arafat und die Palästinenser verantwortlich zu machen. Die israelische Politik und die Siedlungen wurden nicht mehr als wichtigstes Hindernis für eine Einigung angesehen. Die intensiven Meinungsverschiedenheiten und internen Konflikte auf diesem Gebiet, die für die israelische Politik des vorangegangenen Jahrzehnts so typisch gewesen waren, verschwanden größtenteils, während die jüdischen Israelis die Reihen schlossen.

Als Ende September die Welle palästinensischer Gewalt ihren Ausgang nahm, verstärkte sich das Gefühl der Einheit und Solidarität gegen einen gemeinsamen Feind. Da sich die Angriffe unterschiedslos sowohl auf Siedlungen als auch auf israelische Städte innerhalb der „grünen Linie“ richteten, nahm die Bedeutung der Meinungsverschiedenheiten in diesen Fragen ab. Das Gefühl der Einheit in Bezug auf Themen wie Sicherheit oder die zentrale Stellung Jerusalems nahm kontinuierlich zu. In den Sonderwahlen vom Februar 2001 lehnten über 60 Prozent der israelischen Bevölkerung (80 Prozent der jüdischen Bevölkerung) Ehud Barak ab und wählten den Oppositionsführer Ariel Scharon zum Ministerpräsidenten. Ein solcher Wahlsieg ist neu in der politischen Geschichte Israels; in ihm kommt einerseits die generelle Übereinstimmung der Haltungen zum Scheitern des Friedensprozesses und zur Bedrohung gegen das nationale Überleben Israels zum Ausdruck, andererseits ist das Ergebnis auch als Reaktion auf Baraks Weigerung zu sehen, beim Ausbruch der Gewalttätigkeiten eine Regierung der [nationalen] Einheit zu bilden.

Unmittelbar nach der Wahl bemühte sich Scharon wie versprochen um die Einsetzung einer Regierung der nationalen Einheit. Durch die Ernennung von Shimon Peres, einem langjährigen Friedensbefürworter der Arbeiterpartei, zum Außenminister, und die Besetzung des Verteidigungsministeriums mit einem Politiker der Arbeiterpartei, schuf sich Scharon ein entscheidendes Bündnis. Die zusätzliche Aufnahme religiöser und säkularer Parteien in die Koalitionsregierung wurde von der Öffentlichkeit stark begrüßt.

Die Kritik einiger Likud-Mitglieder, dass das israelische Wahlvolk dem Oslo-Prozess und seinen Architekten eine entschiedene Absage erteilt habe, wies Scharon zurück. Ähnlich wies Peres auf die öffentliche Forderung nach Einheit hin und lehnte die Rufe aus der Arbeiterpartei, etwa von Yossi Beilin, Shlomo Ben Ami und Avrum Burg, ab, der Scharon-Regierung fernzubleiben. Dies führte zu einer zusätzlichen Marginalisierung dieser Gruppe im politischen System.

Gleichzeitig kann man keinesfalls davon sprechen, dass die anderen Themen, die die Israelis trennten und Spannungen in der Gesellschaft hervorriefen, einfach verschwanden. Der religiös-säkulare Konflikt, der sich an Fragen nach der Rolle der Urteile des Obersten Gerichtshofes in Fragen des Personenstandes (Eheschließung, Ehescheidung und Konvertierung) entzündet, wurde nicht gelöst.<sup>10)</sup> Die Schärfe dieser Fragen nahm jedoch erheblich ab. Die Führer der religiösen Parteien, wie Shas und Agudat Israel, sowie die militant-säkularen Parteien, wie Meretz und Shinui, erkannten, dass die nationale Stimmung ein Gezänk über diese Fragen in einer so entscheidenden Phase nicht befürwortet. Meinungsumfragen und andere Indikatoren demonstrierten, dass jede Partei, die für innere Konflikte verantwortlich gemacht und Neuwahlen herbeiführen würde, vom Wahlvolk, das Einheit und Kompromiss verlangte, dafür bestraft werden würde.

Anfang 2002, etwa ein Jahr nach der Wahl Ariel Scharons, traten einige Risse in der Regierung der nationalen Einheit zu Tage. Die ständigen Terroranschläge und die Unsicherheit, sowie Unzufriedenheit im wirtschaftlichen Bereich (siehe Analyse weiter unten) drückten sich bei den Meinungsumfragen in sinkenden Beliebtheitsprozenten aus. Schwache öffentliche Auftritte und eine Unfähigkeit, die Öffentlichkeit zu begeistern, führten ebenfalls zu einer geschwächten Position des Ministerpräsidenten. Darüber hinaus wurde die einheitliche Politik gegenüber den Palästinensern durch eine kleine Gruppe von Reservisten in Frage gestellt (weniger als dreihundert aus einer Gruppe von Hunderttausenden), die in einer öffentlichen Petition zur Beendigung der israelischen Anwesenheit in den Gebieten aufriefen. Kritiker behaupten, dass diese Aktivität von der Presse

10) Israel folgte im Großen und Ganzen dem osmanischen System, das auch in anderen Nahostländern gebräuchlich ist. In dieser Ordnung werden die Fragen des Personenstandes wie Eheschließung, Scheidung, Definition der Religionszugehörigkeit etc. von den autonomen religiösen Behörden in jeder anerkannten Gruppe geregelt. Der Oberste Gerichtshof Israels hat jedoch viele Aspekte dieses Systems zurückgewiesen.

unverhältnismäßig hervorgehoben wurde und keinen grundlegenden Wandel in der öffentlichen Einstellung oder ernsthafte Trennungslinien in der Gesellschaft widerspiegelt. Ob diese Risse wachsen oder verschwinden werden, muss sich noch zeigen. Abhängen wird diese Entwicklung von zahlreichen externen wie internen Faktoren.

## ■ Die arabische Minderheit Israels

Zu Israels Bevölkerung gehört auch eine Reihe von Minderheiten, von denen moslemische Araber, mit rund 15 Prozent der Bevölkerung, die größte Gruppe darstellen. Weitere fünf Prozent der Bevölkerung sind Drusen<sup>11)</sup>, Beduinen, Tscherkessen und andere Minderheiten. In den vergangenen Jahren ist das Gefühl der Entfremdung im moslemisch-arabischen Sektor entschieden angestiegen. Der Krieg von 1967 und die Wiederöffnung der Territorien im Westjordanland, das seit dem Krieg 1948 von Jordanien okkupiert war, führten zu einer zunehmend palästinensisch-arabischen Identität der arabischen Bürger Israels. Die Politiker dieser Minderheiten wurden zunehmend radikalisiert,<sup>12)</sup> Bündnisse mit israelischen Volksparteien (vor allem der Arbeiterpartei) endeten, und die Unterstützung für extremistische Gruppen wie die islamische Bewegung stieg an.<sup>13)</sup> In den vergangenen Jahren haben diese Politiker in Wahlprogrammen gefordert, den jüdischen Staat durch einen „Staat aller seiner Bürger“ zu ersetzen. Dies entspricht der Position der arabischen und moslemischen Welt insgesamt, welche die Legitimität des Staates Israel ablehnt. Arabische Knessetabgeordnete haben auch ihre Unterstützung für islamische Extremisten wie Hamas und Hisbollah ausgedrückt.

Hinzu kommt der Ausbruch scharfer Konflikte zwischen moslemischen und christlichen Arabern, zu sehen etwa im Kampf um den Bau einer Moschee in unmittelbarer Nachbarschaft der Geburtskirche in Nazareth. Anfang 2002 beschloss ein israelischer Regierungsausschuss die Unterbrechung sämtlicher Bauvorhaben an dieser Stelle und willigte ein, der moslemischen Gruppe ein anderes Grundstück anzubieten.

Ende September 2000 schloss sich der israelisch-arabische Sektor der von den Palästinensern ausge-

- 11) Nissim Dana, *Die Drusen in Israel*. Jerusalem, Israel Information Center und JCPA, 2000, (Hebräisch).
- 12) Siehe: Hillel Frisch, „Die arabische Stimme bei den israelischen Wahlen: Griff nach der Führung“, in: Daniel J. Elazar und M. Ben Mollov, (Hg): *Israel bei der Wahl 1999*, London: Frank Cass, 2001.
- 13) Die islamische Bewegung in Israel hat eine führende Rolle beim Bau und bei der Erweiterung der Moscheen unterhalb des Tempelberges in Jerusalem übernommen. Die Arbeiten werden ohne Genehmigung der israelischen Regierung ausgeführt, die versucht, eine Konfrontation bei diesem heiklen Thema zu vermeiden.

henden Gewalt an. 13 arabische Bürger wurden in Konfrontationen mit der Polizei getötet. Zur Klärung der Behauptung, dass unverhältnismäßige Gewalt angewendet wurde, sowie der Gegenbehauptung, dass die Aufrührer tödliche Waffen mit sich führten, Hauptstraßen blockierten und das Leben anderer Israelis gefährdeten, setzte die Regierung einen Untersuchungsausschuss unter der Leitung des Richters am Obersten Gerichtshof, Theodore Orr, ein, um die Einzelheiten der Vorfälle und die Verantwortung festzustellen.

Im Zuge dieser Ereignisse wurden intensive Anstrengungen unternommen, um die Brüche zu kitten. Verschiedene Dialoge werden zwischen Studenten und Fachleuten der jüdischen und arabisch-israelischen Bevölkerungsgruppen geführt. Es bleibt ungewiss, wie sich dieses Verhältnis in der Zukunft gestalten wird. Israelische Araber werden jedoch eine Minderheitengruppe im jüdischen Staat bleiben, und Entwicklungen in Verhandlungen mit den Palästinensern und in der Region werden den Grad an Autonomie bzw. Integration dieser Gruppe und ihre Beziehung zur jüdischen Mehrheit bestimmen.

### ■ **Wirtschaftliche Strukturfragen**

Nach einer ausgedehnten Phase der Inflation mit sehr niedrigem Wachstum in den siebziger und frühen achtziger Jahren stabilisierte sich die Volkswirtschaft, so dass Israel in den neunziger Jahren eine kontinuierliche Wachstumsphase erlebte. Die Inflation wurde auf ein niedriges Maß reduziert (obwohl sie höher blieb als in den USA und in den meisten Ländern Westeuropas), und der Regierungshaushalt wurde – gemessen am Bruttonettoprodukt – erheblich reduziert. Die Ankunft von einer Million Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion in dieser Zeit brachte wichtige wirtschaftliche Impulse, und die Mehrzahl wurde schnell und erfolgreich eingegliedert. Dies war eine große wirtschaftliche Leistung, die durch ein hohes Maß an Zusammenarbeit und Koordination zwischen dem privaten Sektor und der Regierung ermöglicht wurde.

Das Wirtschaftswachstum wurde angeführt vom modernen Technologiesektor, und israelische Firmen und Aktivitäten im Forschungs- und Entwicklungs-

bereich unterhielten enge Verbindungen zu den amerikanischen und europäischen Sektoren. Darüber hinaus trug die Öffnung der Märkte in Asien, sowohl für den Zivil- als auch für den Verteidigungs- und Sicherheitssektor, zum Erfolg bei. Exporte nach China, Indien, Japan und in andere asiatische Zentren nahmen in diesem Zeitraum stetig zu. Investitionskapital floss auch nach Israel, besonders in die jungen Firmen der Hightech-Branche.

Aus diesen Aktivitäten resultierte ein erhebliches Wachstum des Bruttosozialprodukts, das schließlich ein Niveau von 18 000 US-Dollar pro Kopf erreichte (also ungefähr den Stand von Italien und Irland). Die Beschäftigungsrate nahm zu, besonders im Hightech- und Dienstleistungsbereich, und auch die Zahl ausländischer (legaler und illegaler) Arbeitnehmer verzeichnete einen stetigen Anstieg. Letztere ersetzten die Palästinenser, deren Einreise aus Sicherheitsgründen eingeschränkt wurde. Darüber hinaus wurden in den Bereichen Verkehr, Kommunikation und Energie maßgebliche Verbesserungen an der Infrastruktur vorgenommen. Privatisierung und Deregulierung, besonders im Kommunikationssektor, förderten ebenfalls diesen Prozess.

Dennoch blieb der wachsende Wohlstand auf die gut entwickelten Sektoren der israelischen Wirtschaft beschränkt. Die ärmeren Sektoren wurden nicht beteiligt, was zu einem sehr hohen Einkommensgefälle führte. Falls die Politik keine sorgfältige Antwort auf diesen Zustand entwickelt und umsetzt, birgt dieses Gefälle mittel- und langfristig das Potenzial für weitreichende soziale Spannungen.

Während der Wachstumsphase hielten traditionelle, arbeitsintensive Industrien, vor allem in der Textilbranche, den Betrieb im Allgemeinen aufrecht. Im Zuge der Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien, sowie der Osloer Verträge, die die Palästinensische Autonomiebehörde schufen, verlegten manche Betriebe ihre Produktion in diese Regionen, wo die Lohnkosten erheblich geringer waren. Eine Reihe von Fabriken produzierte mit Hilfe von Subventionen und finanziellen Anreizen der Regierung weiter, die Teil einer Politik zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit waren. Dies gilt vor allem für die Entwicklungsstädte im Landessüden und im arabischen Sektor.

Im Jahr 2000 zeitigte eine Kombination aus der weltweiten Krise im Hightech-Sektor, der Konfrontation mit den Palästinensern und den globalen Auswirkungen der Terrorangriffe auf die USA, enorme Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft. Das Wachstum ist im Wesentlichen zum Stillstand gekommen, und nach vielen Jahren der Stabilität wurde der Israelische Schekel um mehr als zehn Prozent abgewertet, was zu Befürchtungen hinsichtlich einer neuerlichen Inflation Anlass gibt. Unter diesen Umständen wurde das Drängen der Bank of Israel und der Ökonomen auf eine Kürzung der Regierungsausgaben nicht befolgt, was wiederum die Sorge um die langfristige wirtschaftliche Gesundheit des Landes erhöhte. (Trotzdem deuteten internationale Anleihenbewerter wie Moody's und Standard & Poor auf ein grundsätzliches Vertrauen hin, als sie ihre Einschätzung bezüglich Israels Kreditwürdigkeit nicht heruntersetzten.)

Die wirtschaftliche Belastung, die durch einen verspäteten Strukturwandel und die Aufrechterhaltung der Produktion in arbeitsintensiven Industrien wie der Textilbranche verursacht wurde, erschwerte die Problematik. In der allgemeinen Konjunkturschwäche begannen diese Betriebe mit Schließungen. Die Arbeitslosenquote stieg und kletterte Anfang 2002 über die Zehn-Prozent-Marke. Die vermehrte Arbeitslosigkeit und das oben beschriebene Einkommensgefälle sind Quellen sozialer Unruhe, welche Regierung und Volkswirtschaft in dieser schwierigen Zeit zusätzlich belasten.

Die Auseinandersetzung über den Haushalt des Jahres 2002 veranschaulichte diese Schwierigkeiten. Die Knesset mit ihren sektoralen Parteien verschob die Verabschiedung des Regierungshaushalts, während unterschiedliche Gesellschaftsgruppen versuchten, ihren „Anteil“ an den schrumpfenden Mitteln zu sichern. Wichtige Gruppen sind die Bewohner des Negev, die von der Schließung von Textilfabriken betroffen sind; Siedler, die sich aufgrund der Sicherheitslage im Belagerungszustand befinden; und die Behinderten in Israel. Die Atomisierung der israelischen Politik in kleinere, dezentralisierte Interessensgruppen, in Kombination mit einer schwindenden Ressourcenbasis, hat den Umgang mit politischen Koalitionen weiter erschwert.

## ■ Eine nationale Führungskrise

In den frühen, „heroischen“ Jahren wurde Israel von charismatischen, historischen Persönlichkeiten wie David Ben-Gurion und Menachem Begin angeführt. Seither hat die israelische Führungsriege in einem unvermeidlichen Bürokratisierungsprozess, der mit der „Normalisierung“ einhergeht, an Statur verloren. Die zweite politische Führungsgeneration der beiden großen Parteien wie Golda Meir, Shimon Peres und Yitzhak Shamir hatten geringeren Status, und diese Gruppe wurde abgelöst durch ehemalige Angehörige des Militärs wie Yitzhak Rabin, Ehud Barak und Ariel Scharon. Das Übergewicht ehemaliger Offiziere in politischen Spitzenfunktionen drückte eine grundlegende Tatsache des politischen Lebens Israels aus: Die „besten und hellsten“ Köpfe jeder Generation, sowie die ehrgeizigsten, gewinnen ihren Einfluss und entwickeln loyale Anhänger über das Militär. (Darüber hinaus erschwert die Struktur des israelischen Systems, das keine kommunalen Wahlkreise kennt und sich auf landesweite Parteien stützt, den Einstieg relativ unbekannter Personen erheblich.)

Die Reihe ehemaliger Offiziere, die als Ministerpräsidenten fungierten, exponierte auch die Schwächen dieses Weges zur Macht. Angehörige des Militärs zeigen im Allgemeinen keine Neigung, Rat oder Kritik anzunehmen. Dies führt zu Fehlern. Während ihrer Amtszeit gelang es Rabin und Barak (auch Netanyahu, dessen Regierungsstil ähnlich eingeschätzt wurde) nicht, politische Gegner zu überzeugen. Sie verschärfte die Trennungslinien in der israelischen Gesellschaft und es mangelte ihnen an der Fähigkeit, mit den religiösen Sektoren zu kommunizieren.

Der überwältigende Wahlsieg Scharons im Jahr 2001, durch den Barak abgelöst wurde, ist ebenfalls Ausdruck der politischen Führungskrise Israels. Der über siebzigjährige Scharon befand sich nach dem Libanonkrieg für lange Jahre im machtpolitischen Abseits, bevor er nach der Wahlschlappe Netanyahus 1999 zum vorläufigen Vorsitzenden des Likud gewählt wurde. Der Mangel glaubwürdiger Alternativen, ob im Likud oder in der Arbeiterpartei, verdeutlichte die Probleme der politischen Führung Israels. In diesem Zeitraum wurde die Arbeiterpartei von

Shimon Peres (weit über siebzig Jahre alt) und Binyamin Ben Eliezer angeführt, der ebenfalls aus dem Militär kommt, und dessen Leistungen nicht besonders bemerkenswert waren.

Der verheerende Ausgang des Oslo-Prozesses hat andere potenzielle Spitzenkräfte der Arbeiterpartei, die maßgeblich an diesem Prozess beteiligt waren, diskreditiert, namentlich Yossi Beilin und Shlomo Ben Ami. Obgleich andere potenzielle Spitzenpolitiker wie Haim Ramon in der Arbeiterpartei und Limor Livnat oder Meir Sheerit im Likud in der Zukunft das Amt des Ministerpräsidenten anstreben mögen, hat keiner von ihnen die nationale Statur oder Erfahrung, die nötig wäre, um die Nation in einer Krise zu führen. Daher gelten ehemalige hochrangige Militärs, darunter Uzi Dayan (ehemaliger stellvertretender Generalstabschef und derzeitiger Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates), Matan Vilnai (heute ein Minister der Arbeiterpartei) oder vielleicht der scheidende Generalstabschef Shaul Mofaz als potenzielle Kandidaten. Darüber hinaus ist Dan Meridor, der in verschiedenen Regierungen als Mitglied des Likud und später für die inzwischen zerbrochene Zentrumspartei Minister war, eine Figur von landesweiter Statur. Dennoch sind diese Einzelpersonen eher die Ausnahme in einer allgemein wahrgenommenen Führungskrise in der israelischen Gesellschaft.

### ■ **Abschließende Bemerkungen**

Die israelische Gesellschaft ist in besonderem Maße komplex, und ihre Lage inmitten des instabilen Durcheinanders des Nahen Ostens trägt weitere Dimensionen der Komplexität bei. Vereinfachende, eindimensionale Analysen von Bewegungen und Trends können daher oft irreführend sein. Unter solchen Umständen müssen Vorhersagen mit großer Vorsicht behandelt werden.

Nachdem Israel nun seit über fünfzig Jahren unter den schwierigsten Bedingungen überlebt und gedeiht, sollte das Land nicht länger als fragiles Gemeinwesen mit fraglichen Überlebenschancen gesehen werden. Die politischen Regeln, die das Zusammenspiel und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialen Blöcken regeln, stehen fest und stellen sich als recht stabil heraus. Die Übergänge zwischen Regie-

rungen unterschiedlicher Parteien mit gegensätzlichen ideologischen und politischen Positionen wurden viele Male ohne Schwierigkeiten vollzogen. Mag sich auch die Parteienstruktur im Zuge neuer Bündnisse, die sich als Antwort auf den Zusammenbruch des Oslo-Prozesses und die palästinensische Terrorkampagne bilden, erheblich verändern – die Institutionen des israelischen Staates sind stark und haben hohe Anpassungsfähigkeit bewiesen.

Ähnlich hat auch die Wirtschaft manchen Sturm überstanden, um jeweils in eine neue Phase des Wachstums einzutreten. Man kann erwarten, dass sich das Wachstum wieder einstellen und die Arbeitslosigkeit abnehmen wird, sobald die äußeren – politischen wie wirtschaftlichen – Bedingungen dies erlauben. Der teilweise vollzogene Strukturwandel von arbeitsintensiven, „alten“ Industrien hin zu einer hochtechnisierten Wirtschaft wird wohl ebenfalls fortgesetzt werden.

Schließlich wurden bereits trotz der derzeitigen Führungskrise die Grundlagen für die Entstehung einer neuen Generation politischer und gesellschaftlicher Führungseliten gelegt. Das politische System Israels wird zunehmend offen und ermöglicht den Einstieg von Individuen zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihres Lebens und ihrer Karriere. Pensionierte Militäroffiziere (allgemein Mitte fünfzig), werden erwartungsgemäß weiterhin viele Führungspositionen ausfüllen, ergänzt durch eine neue Gruppe erfolgreicher Unternehmer aus der privaten Wirtschaft, besonders aus Technologie- und Kommunikationsfirmen.

Schließlich hat die von den Palästinensern ausgelöste, gewalttätige Konfrontation gezeigt, dass die Motivation der jüdischen Israelis zur Aufrechterhaltung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität weiterhin sehr hoch ist. Die Ziele des Zionismus haben ihre Bedeutung nicht verloren und die israelische Gesellschaft hat in hohem Maße die Fähigkeit bewiesen, mit unterschiedlichen Krisen und Herausforderungen umzugehen.

Der Text wurde von Andrea Hafel aus dem Englischen übersetzt.